**Träger warnen vor dem Kollaps**

Aktionswoche der Freien Wohlfahrtspflege in NRW

Der Arbeitsmarkt ist leergefegt, die Pflegeteams unterbesetzt und entsprechend überlastet. Um die Pflege zu sichern, muss viel zu teure Leiharbeit eingekauft werden. Das bringt die Träger in finanzielle Schieflagen. „Die Mängelliste in der Pflege wird immer länger und es ist nicht absehbar, dass sich die Situation verbessert. Im Gegenteil: Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigen. Aber woher sollen wir die Pflegekräfte nehmen?“, fragt Vorname Nachname, Funktion. Auf Antworten wartet man vergeblich. „Wir reden uns den Mund fusselig“, sagt Vorname Nachname. „Aber von den politischen Entscheidungsträgern kommt nichts.“

Um auf die massive Problematik im Pflegesektor aufmerksam zu machen, rufen die Wohlfahrtsverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW vom 10. bis 14. Juni 2024 zur landesweiten Aktionswoche auf. Unter dem Motto „Black Week – Gegen den Ausverkauf der sozialen Landschaft in NRW! NRW bleib sozial!“ wollen die Träger einen weiteren Appell an die Politik richten und öffentlich deutlich machen, dass es so nicht weitergehen kann.

Erste wichtige Schritte seien, den Einsatz von Leiharbeit in der Pflege durch eine gesetzlich geregelte Höchstgrenze zu reglementieren. Um die Attraktivität des Berufs zu steigern, fordert die LAG Freie Wohlfahrtspflege, die Gehälter in der ambulanten und stationären Pflege an die der Krankenhäuser anzupassen – und diesen gewaltigen und vor allem gerechten Gehalts-Anstieg zu refinanzieren.

„Weder der Bund noch die Länder oder Kommunen bemühen sich, eine gesicherte gesetzliche Struktur der Pflege zu entwickeln,“ so Vorname Nachname. Das sei nicht nur für die Mitarbeitende belastend, sondern auch für diejenigen, die auf Pflege angewiesen sind. Denn die Kosten steigen Jahr für Jahr und somit die Eigenanteile. „Uns liegen Schätzungen vor, dass bis 2026 in Deutschland 36 Prozent der Heimbewohner Sozialhilfe empfangen werden“, so Vorname Nachname.

Um diesen fatalen Trend zu stoppen, müsse die Pflegeversicherung von einer Teilversicherung in eine Vollversicherung umgebaut werden, in die jeder einzahle.

Zudem sei ein Bundeszuschuss nötig, damit die Eigenanteile nach oben gedeckelt werden und nicht weiter steigen. Antworten auf den sich anbahnenden Pflege-Kollaps gebe es viele. „Aber es braucht jetzt mutige und konsequente Konzepte.“

Was passiert, wenn nichts passiert? „Dann werden dringend benötigte Pflegeplätze wegfallen. Ambulante Dienste und Seniorenzentren können gar nicht anders, als Angebote zu reduzieren oder sogar zu schließen“, sagt sie/er.

Im vergangenen Oktober sind rund 25.000 Mitarbeitende und Betroffene dem Aufruf der Freien Wohlfahrtspflege gefolgt und haben vor dem Landtag gegen den Sozialabbau demonstriert. Doch eine Reaktion der Politik blieb bisher aus.

„Nicht nur der Pflegebereich – die gesamte soziale Infrastruktur in NRW steckt in einer bedrohlichen Krise und wird von der Landespolitik ignoriert“, betont Vorname Nachname. Es werde höchste Zeit zu handeln, um die soziale Versorgung der Menschen in NRW zu sichern.